




Wachsende Unterstützung für rasche Reform des Emissionshandels

Wachsende Unterstützung für rasche Reform des Emissionshandels
Der Rückhalt für eine schnelle und ambitionierte Reform des europäischen Emissionshandels wird immer größer. Ministerinnen und Minister aus 14 EU-Mitgliedstaaten verständigten sich auf eine gemeinsame Erklärung, in der die EU zur Einführung einer "ambitionierten Marktstabilitätsreserve" aufgefordert wird. Bundesumweltministerin Barbara Hendricks: "Die Reparatur des Emissionshandels ist dringend erforderlich. Es ist erfreulich, dass bereits so viele Mitgliedstaaten diese Position teilen. Ich erwarte, dass Kommission, Mitgliedstaaten und Parlament jetzt schnell handeln und alles dafür tun, den Emissionshandel wieder funktionsfähig zu machen. Denn ein funktionierender Emissionshandel ist das effektivste Instrument für den Klimaschutz in Europa." Die Ministerinnen und Minister betonen in ihrer Erklärung die Dringlichkeit einer schnellen Reform des Emissionshandels auf EU-Ebene. Wichtigstes Element dafür ist die Einführung einer sogenannten Marktstabilitätsreserve (MSR), mit der Überschüsse im Markt abgebaut werden können. Ein klare Mehrheit der Gruppe spricht sich in dem Statement - wie von der Bundesregierung seit längerem gefordert - für einen frühen Start der MSR im Jahr 2017 aus. Dabei sollen die gegenwärtig beträchtlichen Überschüsse auf dem Emissionshandelsmarkt auch dadurch reduziert werden, dass die Zertifikate, die im Rahmen des "Backloading" zurückgehalten wurden, direkt in die Reserve überführt werden. Die Unterzeichner gehören der "Gruppe Grünes Wachstum (Green Growth Group)" an, die sich für eine ambitionierte Klima- und Energiepolitik in der EU engagiert. Neben Ministerin Hendricks haben auch Ministerinnen und Minister aus Belgien, Dänemark, Estland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Portugal, Schweden, Slowenien und Spanien unterzeichnet. Norwegen hat als Nicht-EU-Mitglied einen Beobachterstatus inne. Die Green Growth Group ruft zudem die neue Kommission dazu auf, die Beschlüsse des Europäischen Rates zur Klima- und Energiepolitik der EU bis 2030 schnell und ambitioniert umzusetzen. Darüber hinaus fordert sie, dass die EU eine Erhöhung ihres Klimaziels von mindestens 40% Treibhausgasminde rung für 2030 (EU-intern) in Betracht ziehen sollte, und zwar im Kontext eines ambitionierten globalen Klimaschutzabkommens 2015 in Paris. Dafür könnten auch internationale Marktmechanismen genutzt werden. Die Erklärung der Green Growth Group finden Sie unter www.bmub.bund.de/N51447 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) Stresemannstraße 128 - 130 10117 Berlin Telefon: 030 18 305-0 Telefax: 030 18 305-2044 Mail: presse@bmub.bund.de 

Pressekontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

10117 Berlin

presse@bmub.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

10117 Berlin

presse@bmub.bund.de

Zum Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums gehören drei Bundesämter mit zusammen mehr als 2.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern: das Umweltbundesamt, das Bundesamt für Naturschutz sowie das Bundesamt für Strahlenschutz. Darüber hinaus wird das Ministerium in Form von Gutachten und Stellungnahmen von mehreren unabhängigen Sachverständigengremien beraten. Die wichtigsten Beratungsgremien sind der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen und der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen.